

# informationen

## der Mobilen Beratung

### für Opfer rechtsextremer Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

## Schwerpunkt: Anstieg rechter Gewalt

Liebe LeserInnen,  
liebe FreundInnen

gerne würden wir Ihnen zum Jahresende guten Nachrichten überbringen. Doch die steigende Anzahl von rechten Angriffen im Jahr 2005 lässt das nicht zu: Insgesamt haben wir bis Ende Oktober 108 rechtsextrem und rassistisch motivierte Gewalttaten registriert. Damit bewegt sich rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt in den ersten zehn Monaten des Jahres 2005 auf gleichem Niveau wie im gesamten Jahr 2004.

Und leider müssen wir davon ausgehen, dass der mit Jahresbeginn einsetzende Landtagswahlkampf dazu führen wird, dass rechte und rassistische Parolen durch Wahlwerbung noch mehr als bisher als scheinbar „normale Meinung“ legitimiert werden und noch stärker den öffentlichen Diskurs mitbestimmen. Damit einher geht erfahrungsgemäß oft eine steigende Zahl von rechten und rassistischen Angriffen auf der Straße.

Bei den Landtagswahlen im März wird die rechtsextreme DVU mit einer offenen Liste

antreten, auf der auch führende AktivistInnen der NPD kandidieren. In der DVU hofft man auf eine Wiederholung des Wahlerfolgs aus dem Jahr 1998, als es der extremen Rechten gelang, mit 12,9 Prozent der Stimmen in den Magdeburger Landtag einzuziehen. Ob die darauf folgenden Skandale rings um die DVU-Fraktion und die mehrfache Spaltung in Splittergrüppchen die WählerInnen auch bei dieser Landtagswahl davon abhalten werden, die DVU-Liste zu wählen, ist noch sehr offen. Klar ist bislang vor allem, dass die DVU – ähnlich wie 1998 – viel Geld investieren wird, um mit Hauswurfsendungen und Plakataktionen kurz vor der Wahl rassistische Ressentiments zu schüren und auf Stimmenfang zu gehen. Dabei spekuliert sie darauf, dass auch in Sachsen-Anhalt trotz des vergleichsweise schlechten Abschneidens der NPD bei den Bundestagswahlen, die hier knapp 2,5 Prozent bzw. 36.970 Stimmen holte, ein WählerInnenpotenzial mit gefestigten, extrem rechten Einstellungen bei über 10 Prozent der Bevölkerung vorhanden ist.

Wichtig ist im Hinblick auf die kommenden Wahlkampfmonate aber auch, dass keineswegs allein die Anzahl von WählerInnenstimmen für rechtsextreme Parteien widerspiegelt, wie sehr Rechtsextremismus den Alltag vor Ort bestimmt. Das heißt: Auch wenn die DVU-Liste nicht in den Landtag einziehen sollte, gäbe es keinerlei Grund zur Entwarnung.

Wir hoffen, dass wir auch im nächsten Jahr gemeinsam mit Ihnen die Opfer rechter Gewalt unterstützen und begleiten sowie rechten und rassistischen Mobilisierungen entgegen treten können.

An dieser Stelle möchten wir allen SpenderInnen herzlich danken, die in den letzten Monaten einen Beitrag zu den Prozesskosten für die Nebenklage der Angehörigen von Helmut Sackers im Revisionsprozess geleistet haben. Dank ihrer Hilfe konnten die Kosten der Nebenklage inzwischen in voller Höhe übernommen werden. ■

**Mobile Beratung**  
für Opfer rechtsextremer Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

### Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391/5 44 67 10 Funk: 0170/2 92 53 61  
opferberatung.md@miteinander-ev.de  
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

### Salzwedel

Sonnenstr. 2; 29410 Salzwedel  
Tel.: 03901/30 64 31 Funk: 0170/2 90 41 12  
opferberatung.nord@miteinander-ev.de  
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

### Halberstadt

c/o ASB  
Voigtei 38; 38820 Halberstadt  
Tel.: 03941/62 18 00 Funk: 0170/2 94 83 52  
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de  
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

### Halle

c/o Blickpunkt Opfer Sachsen-Anhalt e.V.  
Reilstr. 78; 06114 Halle  
Tel.: 0345/5 48 38 51 Funk: 0170/2 94 84 13  
opferhilfesued@yahoo.de  
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 18 Uhr

### 3. September/Halle

Gegen 19.15 Uhr werden zwei Schwarzafrikaner am Hauptbahnhof von drei Hooligans rassistisch beleidigt und bedrängt. Als ein jugendlicher Passant eingreift, flüchten beide Schwarzafrikaner. Die Täter folgen ihnen. Einer der Hooligans schlägt mit der Faust auf einen der Migranten ein. Als zwei weitere Passanten helfend dazwischen gehen, werden auch sie attackiert. Die über Notruf alarmierte Bundespolizei nimmt die Personalien der Täter auf.

### 13. September/ Quedlinburg

Der Neonazi Danilo K., der im Februar 2004 u.a. einen 16-jährigen Punk in Quedlinburg mit Messerstichen lebensgefährlich verletzt hatte, dringt in Begleitung eines weiteren Rechten ins Café des soziokulturellen Dachvereins Reichenstraße ein. Der Dachverein erstattet Anzeige wegen Hausfriedensbruchs.

Vor Gericht:

## I. Straßenbahn nur für Deutsche?!

**Knapp zwei Jahre nachdem der 21-jährige Asylsuchende Christopher N. (Name geändert) aus Sierra Leone in einer Straßenbahn in Magdeburg angegriffen und verletzt wurde, verurteilte das Jugendschöffengericht Magdeburg am 9. November 2005 den 27-jährigen, mehrfach einschlägig vorbestraften Naziskinhead Rene Lycko u.a. zu neun Monaten auf Bewährung und den ebenfalls vorbestraften 20-jährigen Marko W. wegen gefährlicher Körperverletzung zu 15 Monaten auf Bewährung.**

Sowohl Staatsanwaltschaft als auch Gericht betonten, dass einzig der lange Zeitraum zwischen Tat und Prozess die Angeklagten vor einer Haftstrafe bewahrt habe. Deren Reuebekundungen im Prozess hielten weder die Vertreterin der Nebenklage noch die Vorsitzende Richterin für glaubwürdig.

### Unglaubliche Reuebekundungen

„Ich möchte das jetzt nicht verneinen, dass ich was gegen Ausländer hab', aber ich will jetzt nichts mehr damit zu tun haben“, hatte Rene Lycko zu Verhandlungsbeginn erklärt. Um sich dann zu rechtfertigen: „Vorne war doch alles frei, und hinten war die Straßenbahn halbvoll. Ich hab mich provoziert gefühlt, so wie der geguckt hat.“ Dann lamentierte der 27-Jährige: Er sei „ein paar Stunden vorher“ selbst angegriffen worden und es sei ja allgemein bekannt, „dass Ausländer in Magdeburg ständig einen abstecken“. Auch Marko W., Polizistensohn und wegen Misshandlung eines jungen Mannes schon zu zwei Jahren Bewährungsstrafe verurteilt, hatte eine Erklärung: Keineswegs sei er ausländerfeindlich; schließlich gäbe es in der Familie auch eine angeheiratete Person türkischer Herkunft. Schuld an allem sei „nur der Alkohol und ein Streit mit meiner damaligen Freundin“. Im übrigen habe er der Bahn „nur nachwerfen wollen“. Direkt an Christopher N. gerichtet, erklärte Rene Lycko: „Man wird älter, und ich will meine Ruhe haben. Sie müssen keine Angst mehr vor mir

haben.“ Und Marko W.: „Ich werde es nie wieder tun. Unter Alkohol hat man sich oft nicht unter Kontrolle.“

### „Sie sollten ihre politische Haltung ändern“

Christopher N. war Ende Januar 2004 auf dem Weg ins Flüchtlingsheim in Magdeburg-Rothensee, als er gegen Mitternacht in die Straßenbahn Linie 94 einstieg und die beiden Angeklagten ihn unmittelbar mit rassistischen Sprüchen wie „Neger“, „Bimbo“ und „Verpiss dich, die Straßenbahn ist nur für Deutsche“ beleidigten. Dazu stieß Rene Lycko Affenlaute aus und hüpfte hinter Christopher N. durch die Straßenbahn. Weil Fahrgäste intervenierten und ein zweiter Fahrgast afrikanischer Herkunft in die Straßenbahn einstieg und sich neben Christopher N. setzte, eskalierte die Situation zunächst nicht weiter. Als die beiden Rechten an der Haltestelle Zoo ausgestiegen waren, zeigte Christopher N. ihnen durchs Fenster den Mittelfinger. Sekunden später traf ihn eine fast volle Bierflasche am Hinterkopf, die Marko W. gezielt durch die Scheibe der Straßenbahn geworfen hatte. Christopher N. erlitt eine blutende Kopfplatzwunde, die im Krankenhaus genäht werden musste. Andere Fahrgäste alarmierten den Notruf und leisteten Christopher N. erste Hilfe.

Die Polizei konnte die Angreifer wenig später festnehmen. Doch auch Christopher N. wurde festgenommen und erst am nächsten Morgen wieder freigelassen. Hinterher entschuldigte sich die Polizei halbherzig: Man habe ihn mit einem Drogendealer verwechselt. Vor Gericht betonte Christopher N.: „Man merkt manchmal, man ist unerwünscht in Magdeburg. Aber man kann doch seine Hautfarbe nicht ändern, um sich anzupassen.“ Und an die Angreifer gerichtet: „Ich verzeihe ihnen, aber sie sollten ihre politische Haltung ändern.“ ■

# Rechte Gewalt im Harz steigt an

## Mindestens zwei rechte Angriffe pro Monat

**Die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt registriert seit Jahresbeginn mindestens zwei rechtsextrem oder rassistisch motivierte Gewalttaten pro Monat auf nicht-rechte und alternative Jugendliche sowie Asylsuchende und MigrantInnen in der Harzregion.**

Einige Beispiele aus den letzten Monaten: Während einer Demonstration von rund 120 jungen Linken und nicht-rechten Jugendlichen gegen das rechtsextreme Ladengeschäft „Ragnarök“ am 1. Oktober in Halberstadt werfen Neonazis vom Rand mit Steinen und Flaschen auf DemoteilnehmerInnen. Nach dem Ende der Demonstration greifen zwei Dutzend Rechtsextremisten das soziokulturelle Zentrum ZORA zwei Mal kurz hintereinander mit Steinen und Flaschen an und verletzen eine junge Frau am Kopf. „Da wurde plötzlich mitten in der Stadt für alle sichtbar, was die Alltagserfahrung der jungen Nicht-Rechten in Halberstadt und Umgebung ist“, sagt Yvonne Bosse vom soziokulturellen Zentrum ZORA. Nachdem der Polizeieinsatz in der Öffentlichkeit massiv kritisiert worden war, hieß es dann aus dem Polizeipräsidium: Man sei „überrascht gewesen“ über das Ausmaß der Gewalt, mit dem die Neonazis gegen die DemonstrantInnen vorgegangen seien.

### Rechte Dominanz im Harz

Dabei ist Rechtsextremismus in der Harz-Region im Alltag oft gut sichtbar: Sei es durch Ladengeschäfte wie das „Ragnarök“ mitten in der Halberstädter Innenstadt. Oder bei Regionalsportveranstaltungen, wo ZuschauerInnen im rechten Dresscode ganz selbstverständlich dazu gehören. Oder wie in Quedlinburg und zeitweise in Wernigerode mit Treffpunkten mitten in der Stadt: In Wernigerode hatte sich über Monate hinweg am Anger-Parkplatz – ein tagsüber beliebter Parkplatz am Beginn der Einkaufszone – ab den frühen Abendstunden und vor allem am Wochenende ein regelmäßiger Treffpunkt für die extreme Rechte der Umgebung entwickelt.

Damit einher ging, dass nicht-rechte und linke Jugendliche den Anger – wenn möglich – nach Einbruch der Dunkelheit mieden. Am 10. September 2005 wurden dann nachts auf dem Anger-Parkplatz mehrere nicht-rechte junge Erwachsene mit Zaunlatten, Baseballschlägern und Schlagringen angegriffen. Zwei der Betroffenen wurden so schwer verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Die Polizei nahm in der Folge fünf mutmaßliche Täter fest, die der rechtsextremen Kameradschaft Wernigeröder Aktionsfront (WAF) zugeordnet werden.

### Gesteigerter Organisationsgrad

Öffentliche Reaktionen gab es jedoch erst, als am 7. Oktober eine Gruppe von Rechtsextremisten auf dem Anger-Parkplatz selbst angegriffen und einer von ihnen dabei verletzt wurde. Das in den regionalen Medien verbreitete Szenario einer „Gewalteskalation“ von „Links und Rechts“ hat allerdings mit der Realität in der Harz-Region wenig zu tun. Zumal neben den bekannt gewordenen rechten Gewalttaten in Städten wie Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode vor allem in kleineren Kommunen von einer hohen Dunkelziffer von Angriffen ausgegangen werden muss.

Neben der Zunahme an Gewalttaten stellt die Opferberatung einen gesteigerten Organisationsgrad der extremen Rechten im Harz fest, die sich lediglich aus Angst vor staatlichen Maßnahmen immer mal wieder selbst auflösen und unter anderem Namen weiter machen – wie zuletzt die Wernigeröder Aktionsfront, an deren Stelle inzwischen die Freien Nationalisten Wernigerode getreten sind. Auch sind sie zunehmend überregional besser vernetzt. So ist mit Michael Schäfer gerade einer der in Wernigerode führenden neonazistischen Aktivisten in den Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD, gewählt worden. BeobachterInnen rechnen für den Landtagswahlkampf dann auch mit weiter zunehmenden Aktivitäten der extremen Rechten im Harz. ■

### 20. September/ Magdeburg

Eine 27-jährige Asylsuchende afrikanischer Herkunft wird von einem Jugendlichen mit einer Pistole auf dem Nachhauseweg bedroht. Die Frau war mit der Straßenbahn unterwegs; der Angreifer saß während der Fahrt vor ihr und stieg mit ihr zusammen aus.

### 23. September/ Magdeburg

Ein Mann aus Burkina Faso wartet an einer Haltestelle, als ein 26-Jähriger ihn anrempelt, mit fremdenfeindlichen Sprüchen beleidigt und schließlich mit einer Schreckschusswaffe bedroht. Dann schlägt der Angreifer sein Opfer ins Gesicht. Dem Betroffenen gelingt es, in eine Polizeistation zu flüchten. Die Polizei konnte den betrunkenen Tatverdächtigen festnehmen und die Schreckschusswaffe sicherstellen. Gegen den mutmaßlichen Täter wird wegen Volksverhetzung, Bedrohung und Körperverletzung ermittelt.

### 27. September/ Hettstedt

(Landkreis Mansfelder Land) Auf dem Busbahnhof wird ein 33-jähriger Schwarzafrikaner von mehreren Jugendlichen beschimpft und bedrängt. Eine Passantin stellt sich den stark alkoholisierten Jugendlichen in den Weg und kann so einen körperlichen Angriff verhindern.

### 3. Oktober./Magdeburg

Drei angetrunkene Männer zwischen 21 und 23 Jahren beleidigen einen Mann aus Niger im Bus mehrfach. Sie treten auf ihr Opfer ein und schlagen ihn mit einer Bierflasche auf den Kopf. Dem Betroffenen gelingt es, den Busfahrer zu informieren, der die Türen des Busses verriegelt und die Polizei ruft. Die Polizei kann die Tatverdächtigen festnehmen.

### 14. Oktober/Magdeburg

Gegen 22 Uhr greifen vier Rechte in der Nähe vom Allee-Center zwei jugendliche Punks an. Die vier Angreifer im Alter zwischen 24 und 34 Jahren gehen mit Tritten und Schlägen auf die Betroffenen los. Ein 17-jähriger Punk wird leicht verletzt. Die Polizei nimmt vier tatverdächtige Rechte am nahe gelegenen Hauptbahnhof fest.

### 15. Oktober/ Quedlinburg

Gegen 17 Uhr verfolgt ein Rechter zwei Punks bis zum Bahnhofspark, an dem sich eine größere Gruppe alternativer Jugendlicher aufhält. Der stark alkoholisierte Rechte versucht u.a., einen der Punks an den Haaren zu ziehen, und pöbelt in der Folge mehrere Jugendliche an. Als schließlich eine junge Frau versucht, den Rechten zum Weggehen zu bewegen, stößt er sie zu Boden, würgt sie und spuckt sie an.

## „Das ist eine Dauerarbeit“

### Interview mit Uta Leichsenring über die notwendige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

**Uta Leichsenring ist Mitglied im Beirat des bundesweiten Bündnisses für Demokratie und Toleranz sowie im CIVITAS-Beirat und leitet die Außenstelle der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Halle. Von 1991 bis 2002 war sie Polizeipräsidentin in Eberswalde/Brandenburg.**

**Sie haben über 15 Jahre die Entwicklung der extremen Rechten hautnah verfolgt. Was ist für Sie die auffälligste Veränderung?**

Die wichtigste und wesentlichste Veränderung ist für mich, dass sich die Zivilgesellschaft zunehmend gegen Rechtsextremismus verwehrt. Man muss von Seiten der Zivilgesellschaft dem Rechtsextremismus einfach deutlich Grenzen aufzeigen, wie dies in einer wehrhaften Demokratie auch Aufgabe der staatlichen Institutionen wie Polizei und Justiz ist. Für eine positive Entwicklung kann ich hier aktuell verhinderte Aufmärsche in Potsdam und Halbe nennen.

**Und welche Veränderungen sehen Sie in den Erscheinungsformen?**

Ich glaube, die veränderte Strategie der Rechtsextremen, sowohl der organisierten Rechtsextremen als auch der eher losen Verbände oder Kameradschaften, steht im Zusammenhang mit den Veränderungen auf der zivilgesellschaftlichen Ebene. Als das NPD-Verbotsverfahren eingeleitet wurde, haben sich die organisierten Rechten deutlich von Gewalt distanziert, gleichzeitig aber die gewaltbereiten Rechtsextremen in ihren Reihen geduldet und mäßigend auf sie eingewirkt. Nach dem Scheitern des NPD-Verbotsantrags konnte man wieder eine Hinwendung dieser Kräfte zu gewaltbereiten Rechtsextremen beobachten. Zum anderen gibt es Versuche, in überschaubaren Sozialräumen Einfluss zu gewinnen. Hier wird eine Strategie verfolgt, in die Wohngebiete zu gehen und mit harmlos klingenden Vereinsnamen sich den Problemen vor Ort zuzuwenden. Das Vorgehen der Rechtsextremen ist subtiler geworden. Im Umkehrschluss

bedeutet das, dass sich die Zivilgesellschaft immer wieder neu auf die veränderten Strategien der Rechtsextremen einstellen muss.

**Haben Sie den Eindruck, dass sich die Opfergruppen geändert haben?**

Anfang der 1990er Jahre hatte ich eher den Eindruck, dass sich die Gewalt gegen MigrantInnen richtet. Es kann sein, dass das eine Frage der Wahrnehmung war. Das Phänomen rechtsextreme Gewalt wurde damals jedenfalls nicht in der Dimension wahrgenommen, wie es hätte wahrgenommen werden müssen. Klar ist, dass Opfer von rechtsextremer Gewalt eben nicht nur MigrantInnen werden, sondern es immer häufiger die Schwachen der Gesellschaft oder die vermeintlich Schwächeren trifft: Behinderte, Obdachlose, aber auch anders aussehende und anders denkende Jugendliche, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen. Das müssen nicht mal Linke sein, sondern es reicht aus, dass die Jugendlichen sowohl in ihrer Einstellung und Haltung als auch im Outfit etwas anderes symbolisieren. Der Personenkreis von potenziellen Opfern wird einfach größer.

**Können auch 'ganz normale' Bürger gegen rechte Gewalt einschreiten?**

Das hängt natürlich von der jeweiligen Situation ab, denn man kann nicht verlangen, dass die Menschen ihre eigene Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen. Aber ich glaube, diese Situationen sind eher selten. Und es gibt natürlich für jede Situation adäquate Verhaltensmöglichkeiten. Meistens passieren die Angriffe ja im öffentlichen Raum. Insofern ist das erste, was ich empfehlen würde: Immer andere mit in die Verantwortung ziehen! Man sollte nicht versuchen, alleine jemanden abzuhalten, sondern man muss andere Menschen mit in die Verantwortung nehmen, so dass sie sich nicht entziehen können. Wenn man sich selbst in Gefahr bringen würde, dann ist es eigentlich selbstverständlich, dass man sofort einen Notruf absetzt und die Polizei informiert. Auf alle Fälle sollte man sich viele Details merken, um dann als Zeuge Aussagen

## 23. Oktober/ Klostermansfeld

(Landkreis Mansfelder Land) Am frühen Sonntagmorgen versuchen etwa 40 Rechte, eine Veranstaltung im Dorfgemeindehaus zu stürmen. An der Eingangstür gehen Scheiben zu Bruch. Außerdem werden zwei Einsatzfahrzeuge der Polizei beschädigt. Sechs Personen werden vorläufig in Gewahrsam genommen, gegen 25 ermittelt die Polizei wegen Landfriedensbruchs.

machen zu können, und sich dann natürlich auch als Zeuge zur Verfügung stellen. Ich weiß, das ist aus unterschiedlichen Gründen nicht immer ganz leicht, auch dazu gehört eine gewisse Zivilcourage. Aber das ist meines Erachtens eine Selbstverständlichkeit.

### **Was hat sich Ihrer Meinung nach in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten bewährt?**

Zivilgesellschaftliches Engagement und staatliches Handeln gehören für mich zusammen. Der Staat, und hier ganz besonders die Strafverfolgungsorgane, also Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte, haben die Pflicht zur Strafverfolgung, die Polizei hat zudem auch einen Präventionsauftrag. Wichtig ist, der rechtsextremen Szene zu zeigen, dass man sie im Visier hat. Eine Auswirkung auf das Agieren hat natürlich auch das Verhalten der Zivilgesellschaft und gerade auch kommunal Verantwortlicher. Gibt es überhaupt ein Problembewusstsein, und wenn ja, setzt man sich aktiv und öffentlich damit auseinander oder will man es lieber unter den Tisch kehren?

### **In manchen Kommunen begegnen wir immer noch der Haltung, dass man am liebsten nicht über Rechtsextremismus sprechen will, mit dem Argument, damit würde man den Rechten in die Hände spielen. Wie ist denn Ihre Erfahrung?**

Ganz klar, man muss darüber sprechen und zwar öffentlich und laut und immer wieder. Die Hoffnung, dass sich das Problem von selbst löst, wenn man nicht darüber spricht, ist ein Trugschluss.

### **Am Erfolg zivilgesellschaftlicher Programme wird immer wieder gezweifelt ...**

Anfang der 1990er Jahre war die Perspektive der Opfer kein Thema, um ein Beispiel zu nennen. Man war damals sehr stark täterfokussiert und -orientiert, was ja aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden auch wichtig ist. Aber niemand hat sich die Frage gestellt, wie es den Opfern ergeht, wer sich um sie kümmert und wie sie ihre Interessen vertre-

ten können. In diesem Bereich hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan – allgemein in der Gesellschaft, aber auch bei den Strafverfolgungsbehörden. Das ist meines Erachtens wesentlich auf die Wirkung der Programmen zurückzuführen, die aufgelegt wurden, um die Zivilgesellschaft im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu stärken. Hier haben z.B. die geförderten Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt sehr viel erreicht.

Ohne diese Förderprogramme für die Opferberatung, die Mobilen Beratungsteams, die als Berater in Kommunen wirken und für kommunale Verantwortliche als ExpertInnen zur Verfügung stehen, und die Netzwerkstellen, die Einzelne und kleinere Initiativen in ihren Aktivitäten koordinieren und unterstützen, hätte es solche Entwicklungen nicht gegeben. Für mich ist völlig klar, dass die Programme nur nachhaltig wirken können. Das heißt also, wir werden erst dann darüber reden können, was sie eigentlich gebracht haben, wenn sie über mehrere Jahre kontinuierlich arbeiten konnten. Natürlich braucht man Qualitätsstandards, aber man kann nicht erwarten, dass man schon nach wenigen Jahren eine Bilanz ziehen kann. Denn das ist eine Dauerarbeit. Und man muss natürlich berücksichtigen, dass man es auch mit Wellenbewegungen zu tun hat. Mal gibt es einen stärker gewalttätig agierenden Rechtsextremismus, dann wieder eher die Tendenz, eine organisierte Rechte aufzubauen. Auf diese aktuellen Entwicklungen müssen sowohl die Förderprogramme reagieren wie auch alle anderen, die sich mit der Thematik befassen, von der Politik bis zu den Strafverfolgungsorganen.

Aber eins haben die Förderprogramme auf jeden Fall gebracht: Auch wenn man nicht alles an Zahlen ablesen kann, so kann man doch mit Fug und Recht sagen, dass sie auf jeden Fall zu einer enormen Sensibilisierung der Bevölkerung geführt haben.

**Vielen Dank für das Gespräch.** ■

## 5. November/Magdeburg

Ein 28-jähriger Nigerianer wird in einem Bus von einem Unbekannten fremdenfeindlich beleidigt und bedroht. An einer Haltestelle fordert der Angreifer den Betroffenen auf, den Bus zu verlassen, tritt ihn und bedroht ihn mit einer zerbrochenen Bierflasche. Der Täter flüchtete erst, als ein Zeuge einschreitet und den Angreifer auffordert, aufzuhören.

## 6. November/Dessau

Bislang unbekannte Täter schänden den Mahn- und Informationspunkt Zyklon B auf der Dessauer Brauereibrücke. Unter anderem sprühen sie auf einer Länge von 15 Metern mit schwarzer Farbe die Parole "60 Jahre danach immer noch schuldig?? Nein!" und besprühen Bestandteile des Mahnmals. Das Mahnmal, das erst am 27. Januar diesen Jahres eröffnet wurde, informiert über die Zyklon-B-Produktion in Dessau.

## Spendenaufruf

Auf dem Heimatfest in Zerbst wurde am 30. Juli 2005 ein 16-jähriger Jugendlicher, der ein T-Shirt und einen Rucksack mit der Aufschrift „Gegen Nazis“ trug, von einem polizeibekanntem Rechten angegriffen und schwer verletzt. Durch den Angriff verlor der Jugendliche auf dem rechten Auge seine Sehfähigkeit; außerdem erlitt er schwere Schnittverletzungen im Gesicht und am rechten Arm. Er befindet sich auch heute noch in medizinischer Betreuung.

Die Familie des Opfers hat sich nun entschieden, Zerbst zu verlassen, um dem 16-Jährigen die Möglichkeit zu geben, sich wieder ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen zu können. Die Kosten des Umzugs und weitere finanzielle Folgen des Angriffs in Höhe von rund 2.500 Euro kann die Familie nicht alleine aufbringen, staatliche Hilfen erhalten sie hierfür nicht. Die Mobile Opferberatung unterstützt den Betroffenen und seine Familie und bittet deshalb um Spenden.

Spendenzahlungen richten Sie bitte an das Konto:

Miteinander e.V.,  
Konto-Nr.: 53 53 53,  
Bank für Sozialwirtschaft  
Magdeburg,  
BLZ 810 205 00,  
Kennwort: Opferfonds/Heimatfest Zerbst.

Auf Wunsch wird gerne eine Spendenbescheinigung übersandt.

## II. Straßenbahnen nur für Deutsche?!

### Wenn Kontrolleure zuschlagen ...

**Ein Viertel aller Betroffenen rechter Gewalttaten im Jahr 2005, die der Mobil-Opferberatung bekannt wurden, sind Asylsuchende und MigrantInnen. Überwiegend finden rassistische Angriffe in alltäglichen Situationen und an alltäglichen Orten statt – beispielsweise an Haltestellen, Bahnhöfen oder in öffentlichen Nahverkehrsmitteln.**

Zwei Fälle aus Halle und Magdeburg zeigen, dass auch Kontrolleure, die bei Subunternehmen der öffentlichen Verkehrsbetriebe arbeiten, rassistisch motiviert zuschlagen. So wie am 9. September 2005 in Halle, als der seit Ende der 1980er Jahre in der Hallenser Naziskinheadszone aktive Peter Hollmann mit drei weiteren Kontrolleuren auf einen Fahrgast aus Gambia und Passanten einprügelten. Hollmann ist in Halle kein Unbekannter: Er profilierte sich im Dokumentarfilm „Stau – Jetzt geht's los“, in dem 1992 eine Gruppe neonazistischer Skinheads aus Halle-Neustadt porträtiert wurde.

### Beleidigungen, Schläge, Tritte

Am 9. September 2005 forderten Hollmann und drei seiner Kollegen gegen Mitternacht von einem 30-jährigen Mann aus Gambia, der gerade in eine Straßenbahn eingestiegen war, er solle seinen Fahrschein vorzeigen. Einer der offensichtlich alkoholisierten Männer schrie dabei: „Los Nigger!“ Der 30-Jährige weigerte sich aus Angst, seinen Fahrschein aus der Hand zu geben. Daraufhin begannen die Männer, ihn zu schlagen und zu würgen. Ein 25-jähriger Passant, der den Vorfall von der Straße aus beobachtete, sprang in die Bahn und eilte dem Betroffenen zu Hilfe. Der 25-Jährige redete vergeblich auf die vier Männer ein, sie sollten aufhören den Gambier zu schlagen. Drei der Männer zeigten dem herbeigeeilten Passanten ihre Dienstaussweise als Kontrolleure. Der vierte schlug währenddessen weiter auf den Gambier ein. Auch zwei Fahrgäste scheiterten mit ihren Versuchen, die Situation zu beruhigen. Einem von ihnen brachen die Kontrolleure die Nase.

Nachdem ein Fahrgast mit seinem Mobiltelefon die Polizei verständigte, konnte der Gambier die Bahn verlassen. Die Kontrolleure holten ihn schnell wieder ein. Einer von ihnen beleidigte das Opfer mit dem Ausdruck „Negerschwein“ und sagte, er wolle ihn umbringen. Da griff der 25-jährige Helfer erneut ein. Nun versuchte einer der Kontrolleure, auch den jungen Mann mit einem Faustschlag zu treffen. Kurz darauf traf die Polizei ein und nahm Anzeigen auf. Tage später teilt ein Subunternehmen der Halle-schen Verkehrs AG mit, vier Männer im Alter zwischen 36 und 41 seien vom Dienst als Kontrolleure suspendiert worden.

### Als einziger Fahrgast kontrolliert

Keine Unterstützung erhielt dagegen ein Mann algerischer Herkunft, der am 4. Februar 2005 in Magdeburg abends in einer vollbesetzten Straßenbahn von zwei Kontrolleuren als einziger Fahrgast kontrolliert wurde. Der Betroffene zeigte seinen Fahrschein, übergab ihn aber auf Grund schlechter Vorerfahrung nicht an die Kontrolleure. Daraufhin wurde er an der nächsten Haltestelle von den beiden Männern zum Aussteigen gedrängt. Im Haltestellenbereich forderten die Kontrolleure den Betroffenen erneut auf, seinen Fahrschein zu übergeben. Als der Algerier sich erneut weigerte, sprühte ihm einer der Kontrolleure Reizgas ins Gesicht, schlug ihn mit der Faust ins Gesicht und drehte ihm den Arm um. Dem Algerier gelang es sich los zu reißen, als ein Autofahrer hupte. Zuhause alarmierte die Ehefrau des Betroffenen Polizei und Krankenwagen. Dabei stellte sich heraus, dass die Kontrolleure den Algerier schon wegen Körperverletzung und Leistungserschleichung angezeigt hatten. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Magdeburg Anklage gegen den Algerier wegen Körperverletzung erhoben und dessen Anzeige gegen die Kontrolleure eingestellt. ■

# Anhaltend hohes Niveau rechter Gewalt

## Mobile Opferberatung geht von mindestens 163 direkt Betroffenen aus

**Die Mobile Opferberatung registrierte im Zeitraum von Januar bis Oktober 2005 108 Angriffe mit rechtem oder rassistischem Hintergrund. Damit bewegen sich die rechten Gewalttaten in Sachsen-Anhalt alleine in den ersten zehn Monaten des Jahres 2005 auf gleichem Niveau wie im gesamten Jahr 2004. Hauptbetroffene: Alternative Jugendliche und Nichtdeutsche.**

Ob geplant oder bei zufälligen Begegnungen, ob von Gruppen oder Einzeltätern – die Kette rechter Gewaltakte reißt in diesem Jahr nicht ab. Von einer Entspannung der Lage oder gar einem Rückgang rechter Gewalttaten kann keine Rede sein.

### Hohe Gewaltbereitschaft

Gardelegen am 15. Januar, Samstagabend gegen 21 Uhr. Zwei 14-jährige alternative Jugendliche werden von mehreren Rechten in der Wallanlage attackiert. Ein Jugendlicher wird bewusstlos geschlagen und liegt anschließend drei Tage im Koma. Die alarmierte Polizei erscheint nicht vor Ort. Erst ein von der Mutter gerufener Notarzt nimmt die Erstversorgung vor. Die Täter entkommen unerkannt.

Am 1. Mai wird der geplante Neonaziaufmarsch in Leipzig auf Grund von Protesten vorzeitig beendet. Eine Gruppe Neonazis, die sich auf der Rückreise befinden, greift daraufhin eine Gruppe alternativer Jugendlicher aus Brandenburg beim Umsteigen am Bahnhof Wittenberg an. Die Rechten werfen u.a. mit Flaschen auf die alternativen Jugendlichen. Ein Betroffener muss im Krankenhaus ambulant behandelt werden.

Der Blaue See bei Wernigerode gilt als ein beliebtester Badesee im Harz, an dem sich Touristen und Jugendliche gerne aufhalten. So auch ein Punk, der in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli am See zeltete. In den frühen Morgenstunden des 8. Juli greifen Rechte den jungen Mann an, sie schlagen und treten auf den Schlafenden ein. Der Betroffene erleidet schwere Kopf- und Gesichtsverletzungen.

Am 21. Oktober kurz vor 22 Uhr treffen vier Angehörige der rechtsextremen Kameradschaftsszene aus Köthen in der Innenstadt auf einen Studenten marokkanischer Herkunft. Sie beleidigen den 24-Jährigen mit fremdenfeindlichen Parolen und schlagen auf ihn ein. Der verletzte Student der Fachhochschule Anhalt kann sich im Verlauf des Angriffs loszureißen. Später alarmiert er die Polizei. Die vier Angreifer können flüchten. Eine Woche später gelingt es den Ermittlungsbehörden, die mutmaßlichen Täter im Alter zwischen 17 und 20 Jahren zu ermitteln. Die der rechten Szene zugehörigen jungen Männer geben bei der Vernehmung an, sie hätten aus Ausländerhass zugeschlagen.

### Steigt die Kurve rechter Gewalt weiter an?

AsylbewerberInnen und MigrantInnen sowie nicht-rechte, alternative und linke Jugendliche gehören nach wie vor zu den Hauptopfergruppen. Die Mobile Opferberatung registrierte unter den Betroffenen rechter Gewalt 92 nicht-rechte Jugendliche und 20 politisch Aktive sowie 43 MigrantInnen und Asylsuchende. Insgesamt 163 Menschen wurden nach Recherchen der Mobilien Opferberatung bis Oktober 2005 zu Opfern rechter Gewalt.

Verzeichnete die Mobile Opferberatung im vergangenen Jahr 109 Angriffe mit rechten oder rassistischen Hintergrund, so waren es bis Ende Oktober 2005 108. Damit hat die Zahl der bekannt gewordenen rechten Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr noch vor Jahresende das gleiche Niveau wie im Jahr 2004 erreicht. Dass sich die Zahl rechter Gewalttaten auf anhaltend hohem Niveau bewegt, ergibt sich auch aus einer Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS im Magdeburger Landtag zu fremdenfeindlichen, rechtsextremistischen und antisemitischen Straftaten im 1. Halbjahr 2005. Es ist zu befürchten, dass die Zahl bekannt gewordener rechter Angriffe bis zum Jahresende einen neuen Höchststand erreicht. ■

## 16. November/Köthen

Auf dem Pausenhof der Augustenschule wird ein 12-jähriger Junge türkischer Herkunft von einem 24-Jährigen zusammengeschlagen und schwer verletzt. Der Junge erleidet eine große Platzwunde mit Freilegung des Schädelknochens und muss mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden. Die Staatsanwaltschaft Dessau hat inzwischen Haftbefehl gegen den vorbestraften Mann beantragt. Er hatte behauptet, die Tochter seiner Lebensgefährtin sei von dem Jungen beleidigt worden.

## 26. November/Quedlinburg

Am Bahnhofsvorplatz werden gegen 18 Uhr ein halbes Dutzend alternative Jugendliche und Punks von einer Gruppe von rund 25 Neonazis aus Quedlinburg und Hooligans aus der Harzregion angegriffen. Einem 16-Jährigen wird dabei von Rechten ins Gesicht geschlagen. Die rechte Gruppe, die eine Reichsfahne mit sich trägt, ist auf dem Rückweg von einem Fußballspiel. Ein verstärktes Polizeiaufgebot bleibt danach in der Stadt, um einen rechten Überfall auf das soziokulturelle Zentrum Reichenstraße am späteren Abend zu verhindern.

### Auf der Website:

[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de) findet sich eine ausführliche Fassung der Chronik.

# Neuerscheinung: Das Versteckspiel

Regionalausgabe Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen

Eine der wesentlichen und dramatischsten Entwicklungen in den vergangenen Jahren ist, dass sich Neonazis einen kulturellen, vopolitischen Raum erobern konnten, in dem sie nach Belieben agieren, organisieren und rekrutieren. Neofaschistische Einflüsse zeigen sich in der Musik, der Kleidungs-Ordnung, in Codes und Symbolen der verschiedenen Subkulturen. Für all diejenigen, die täglich mit Jugendlichen arbeiten, ist es oft schwer, diese immer zu erkennen und zweifelsfrei zuzuordnen. Bei der Durchführung von Bildungsveranstaltungen fällt der Mangel an brauchbarem Material immer wieder auf.

Dieser Mangel war Anstoß für die Erstellung der Broschüre „Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen“, die von der agentur für soziale perspektiven (asp) erstmals im Jahr 2001/2002 veröffentlicht wurde. Mittlerweile ist die Broschüre in einer 5. aktualisierten Ausgabe erhältlich. Inzwischen werden in Zusammenarbeit mit dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum neben der Broschüre auch dazu gehörige Informationsveranstaltungen, Tagesworkshops sowie demnächst eine Ausstellung angeboten.

Eine aktuelle Regionalausgabe der Versteckspiel-Broschüre mit den regionalen Schwerpunkten Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Zusammenarbeit mit der Mobilen Opferberatung und der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V., dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen (Mobit) e.V. sowie das Mobile Beratungsteam Sachsen beim Kulturbüro Sachsen e.V. und unterstützt durch die DGB Jugend Sachsen-Anhalt, DGB Jugend Sachsen sowie die DGB Jugend Thüringen.

Die Regionalausgabe der Broschüre soll Multiplikatoren wie LehrerInnen, JugendgruppenleiterInnen oder SozialarbeiterInnen allgemein gültige und auf die jeweiligen regionalen Kontexte und spezifischen Entwicklungen eingehende Hintergründe zu neofaschistischen Jugendkulturen und deren Lifestyle bieten. Anstelle einer einfachen Abbildung der Symbole, wie sie in Lexika üblich sind, finden sich Fotos extrem rechter Demonstranten oder CD-Cover. Auf jugendkulturelle Codes, also Begriffe und Abkürzungen wie „White Power“ oder „14 Words“ wird ebenso ausführlich eingegangen wie auf Zahlenkombinationen, mit denen strafrechtlich relevante Begriffe, Grußformeln oder Organi-

sationszeichen verschlüsselt werden. Dadurch ist eine hohe Praxistauglichkeit der Broschüre gewährleistet.

Die Regional-Broschüre Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen kann u.a. bei folgenden Adressen – erhältlich gegen Rechnung – bestellt werden:

Arbeitsstelle Rechtsextremismus,  
c/o Miteinander e.V.,  
Herderstr. 13, 06114 Halle/Saale,  
[net.rzs@miteinander-ev.de](mailto:net.rzs@miteinander-ev.de),  
Telefon: 0345/6 82 48 00

Agentur für Soziale Perspektiven,  
Lausitzer Str. 10. 10997 Berlin  
[mail@asp.de](mailto:mail@asp.de)

oder – gegen Vorkasse in bar oder in Briefmarken – bei:

rat – reihe antifaschistischer texte  
c/o Schwarzmarkt  
Kleiner Schäferkamp 46  
20357 Hamburg

Einzelbestellungen: 3 Euro plus 1 Euro Versand, 10 Exemplare: 25 Euro inkl. Versand. Bei größeren Bestellmengen Rabatt auf Anfrage.

## Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung  
c/o Miteinander e.V.  
Erich-Weinert-Str. 30  
39104 Magdeburg

[opferberatung.md@miteinander-ev.de](mailto:opferberatung.md@miteinander-ev.de)  
Tel.: 0391/5 44 67 10  
Fax: 0391/5 44 67 11

## Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit der Mobilen Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG  
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00  
Kontoinhaber: Miteinander e.V.  
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung (bitte angeben)

## Impressum

### Herausgeber:

Mobile Beratung für Opfer  
rechtsextremer Gewalt  
c/o Miteinander e.V.  
Projektleitung und Koordination  
Erich-Weinert-Str. 30  
39104 Magdeburg  
Telefon: 0391/5 44 67 10  
Fax: 0391/5 44 67 11  
[opferberatung.md@miteinander-ev.de](mailto:opferberatung.md@miteinander-ev.de)  
[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de)

### Redaktion:

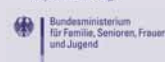
Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),  
Martin Beck

Gestaltung: [www.flmh.de](http://www.flmh.de)

getragen von:



gefördert von:



im Rahmen von

